



**„In der Warteschlange“
oder wie die Wahrnehmung von Gerechtigkeit die
Demokratie gefährdet**

**Diskussion
mit Klaus Dörre
und
Wolfgang Thierse**



am 19. Mai 2021
18.00 bis 19.30 Uhr
Online

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Eine Online-Diskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung MV mit Prof. Klaus Dörre und Wolfgang Thierse am 19. 05. 2020

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

Der Außenstellenleiter der FES SCHWERIN; Frederic Werner, eröffnete das Online-Meeting, an dem fast 100 Interessenten teilnahmen. Er verwies darauf, dass die Demokratie heute durch autokratische Tendenzen weltweit bedroht ist. Damit Demokratie wieder mehr aktive „Mitmacher“ gewinnt, muss sie mehr Gerechtigkeit anbieten, weil die bestehende Sehnsucht danach nicht ausreichend befriedigt wird.

Als Moderator fungierte der Diplompolitologe und Publizist Klaus Schere. Er hob einleitend die allgemein interessierende Frage hervor: „Warum führt die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit immer stärker von der Demokratie weg und hin zum Populismus und Rechtsextremismus?“ Die beiden Gesprächspartner, Prof. Dr. Klaus Dörre vom Institut für Soziologie der Universität Jena und Wolfgang Thierse, SPD-Politiker und langjähriger Präsident bzw. Vizepräsident des Deutschen Bundestages, widmeten sich der durchaus spannenden Frage, warum demokratische und dabei linke Theorien nicht ausreichend wahrgenommen werden.

Prof. Dr. Dörre verwies in seinem Statement auf die Tatsache, dass immer mehr Menschen aus den unteren Bevölkerungsschichten sich den populistischen Rechtsextremen zuneigen. Immer mehr Arbeiter verfallen der gleichen Tendenz. Wo liegen dafür die Ursachen? Er begann seine Erklärung mit einem

Gleichnis: Viele stehen in der Warteschlange am „Berg der Gerechtigkeit“ und müssen mit ansehen, wie viele Menschen an ihnen vorbeiziehen! Die daraus entstehende Unzufriedenheit in der Warteschlange führt die Zurückbleibenden zu einer schleichenden Radikalisierung. So entsteht eine „Tiefengeschichte“, die sich heute besonders im Arbeitermilieu abspielt. Es wächst der Eindruck, dass es nicht vorwärts geht. Das existierende Ungerechtigkeitsgefühl und die vorhandenen überzogenen konsumorientierten Muster der Lebensführung fördern die Orientierung am rechten Spektrum. Wissenschaftliche Studien haben sichtbar gemacht, dass es zunehmend junge Leute sind, gewerkschaftlich aktive Menschen, die nichts gegen eine rechtsradikale Entwicklung einzuwenden haben. Dabei fallen besonders folgende dokumentierte Denk- und Verhaltensmuster auf:

1. Dichotomie und Zeitgefühl:

Es entsteht die Vorstellung: „Ich bin zwar nicht ganz unten, aber ich werde die Spalte zwischen der mittleren Mittelschicht und der Oberschicht nie überspringen können.“ Dahinter verbirgt sich eine zunehmende Abwertung des Arbeiterstatus.

2. Ethnisierung der eigenen Problemlage:

„Ich habe statt des angeblichen deutschen Grundgehaltes von 3300.- Euro nur 1600/1700 Euro. Bin ich kein Deutscher? Muss ich einfach zusehen, wie mir zugewanderte Fremde Möglichkeiten wegnehmen?“

3. Identität: Selbstaufwertung durch Abwertung:

Flüchtlinge und andere fremde Menschen werden abgewertet und diskriminiert – „Ich hätte kein Problem damit, jetzt wieder Buchenwald aufzumachen.“ –, um die eigene Position zu betonen.

4. Demokratie – „Wir sind das Volk!“:

Es geht dabei um die Beschuldigung von Gruppen, die kriminalisiert werden: „Also Demokratie bedeutet für mich ein ordentliches Strafgesetz!“ – „Gegen die da oben brauchen wir mehr Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild!“ Im Ergebnis artikuliert sich im so verstandenen Demokratiebegriff die Ansicht der politisch Rechten!

5. Gewalt: Ausnahmezustand und Notwehr:

„Gewalt ist eigentlich schlecht, aber wenn die Fremden das deutsche Volk auslöschen wollen, dann ist Gewalt als Notwehr erforderlich! Ich würde Gewalt anwenden, irgendwie Selbstjustiz machen!“

6. Systemfrage: Verschwörungstheorien:

„Die – Pegida und andere – gehen halt auf die Straße, weil was mit dem System nicht stimmt!“ Das „System“ wird als eine Ansammlung dunkler Mächte verstanden, das Volk als Gegenpol, als nationale homogene Gemeinschaft, wobei die tatsächlichen gesellschaftlichen Strukturen außer Acht bleiben.

Wolfgang Thierse knüpfte an die aufgezeigten Positionen an und hob hervor, dass dieser Befund erschreckend ist. Für ihn war die Frage nach den Gründen besonders wichtig. Natürlich ergibt sich ein Motivsegment aus der sozial-ökonomischen Problemlage von immer mehr Menschen. Das ist ein weltweites Erscheinungsbild der Globalisierungsbeschleunigung und ihrer Folgen: radikale Veränderung der Arbeitsverhältnisse, ökologische Umwälzungen mit Veränderung der Lebensumstände, Digitalisierung mit Angst vor Arbeitsplatzverlust, wachsende Differenzierung in ethnisch-kulturell-religiös-weltanschaulichen Bereichen und schließlich Zunahme der Gewalt weltweit. So entsteht ein Eindruck der Nichtbeherrschbarkeit der eigenen Lebensverhältnisse. Notwendige strukturelle Veränderungsprozesse treffen auf Menschen, die bereits größere Verluste hinnehmen mussten und sich nun doppelt betroffen fühlen. So vergrößert sich das Gefühl, zu kurz zu kommen. Dadurch wächst die Empfänglichkeit für „einfache Lösungen“, das ist die „Stunde der Populisten, der Vereinfacher“! Spürt man den Gründen für diese Entwicklung weiter nach, dann zeigt sich, dass es sich auch um ein kulturelles Problem handelt. Wir brauchen mehr Aufklärung und Auseinandersetzung mit Fragen der Identität, zum Heimatbegriff und zu einer echten Heimatbezogenheit. Wir müssen das Gegeneinander überwinden, eine wirksame Annäherungskultur entwickeln, eine Kultur des Respekts ausbauen. Nicht alle, die den scheinbar „einfachen Lösungen“ anhängen, sind Rechtsradikale. Wir müssen „klare Kante“ zeigen und gleichzeitig geduldige Überzeugungsarbeit leisten.

Beide Gesprächspartner stimmten schließlich in einer ganzen Reihe von Schlussfolgerungen für unsere gesellschaftliche Arbeit überein:

- Wir brauchen weder Anpassung an bestimmte Meinungen noch allgemeine Moralisierung, Demokratie heißt Auseinandersetzung, aber Vereinseitigungen werden zur Gefahr für die Demokratie.
- Die politische Bildung ist zu fördern, um einen antifaschistischen Grundkonsens zu schaffen und zu sichern.
- Ungerechtigkeits Erfahrungen sind zwar immer relativ, aber sie müssen ernst genommen werden. Entwicklung von Respekt zueinander beginnt bei der Beseitigung von Ungerechtigkeiten im Lohnsystem von Ost und West bis hin zur Überwindung von Einseitigkeiten des Strukturwandels von oben und mehr Einbeziehung der Menschen, der Belegschaften in die Veränderungsprozesse.
- Politik muss die Aufgabe umfassender wahrnehmen, Zukunft wirksam im Interesse der Menschen zu gestalten.

Am Ende der Berichterstattung zu dieser Veranstaltung bleibt der Wunsch, solchen inhaltlich anspruchsvollen Gesprächen noch öfter beiwohnen zu können.